





Der internationale Gewerkschaftskongress

Bern, 3. Oktober. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Obwohl die gegenwärtig in Bern tagende internationale Gewerkschaftskonferenz sich nur mit rein gewerkschaftlichen Fragen befaßt...

Bauer, Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, wies die englischen Vorwürfe energisch zurück. Deutschland führe noch heute Krieg, nicht um Eroberungen willen...

Es wurde eine aus vier neutralen und drei Vertretern der Mittelmächte bestehende Kommission gewählt, um eine Resolution über die Stellungnahme der Konferenz zu dem englischen Schreiben festzusetzen.

Diese Resolution wurde nach längerer Debatte mit allen gegen die Stimmen der Ungarn angenommen, die eine eigene Resolution mit härterer Betonung der notwendigen Friedensaktion auf Grundlage des Klassenkampfes gefordert hatten.

Der schwedische Delegierte Lindquist hatte namens der gesamten skandinavischen Delegation die Resolution empfohlen, hätte aber gewünscht, daß das Mißverständnis der Konferenz über das Fernbleiben der Engländer und Amerikaner schärfer zum Ausdruck gelangt wäre.

Zu einer lebhaften Erörterung kam es bei der Behandlung der Frage der

Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Berlin nach einem neutralen Lande.

Die schweizerischen Delegierten hatten den von den Franzosen ausgedrückten Wunsch nach Verlegung des Sitzes zu dem ihrigen gemacht. Die Schweizer drückten ihre Befürchtungen aus, daß im Falle eines Verbleibens des Sitzes in Berlin eine Spaltung in der internationalen Gewerkschaftsorganisation eintreten könnte.

Die Konferenz lehnt die Frage einer Verlegung grundsätzlich nicht ab. Die Umstände, unter welchen die Verlegung des Sitzes des internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit des ursprünglichen Antragstellers selbst veranlassen jedoch die Konferenz, die Verlegung über eine so wichtige Frage der Organisation zu verlagern und der nächsten Konferenz vorzulegen.

In der Erörterung über diese Resolution erklärte unter anderem der Holländer Jimmen, die Engländer und Amerikaner würden auch dann nicht kommen, wenn der Sitz in ein neutrales Land verlegt sein würde, sie hätten schon immer eine nur sehr bedingte Zugehörigkeit zur Internationale gezeigt.

Wenn Greulich behauptete, die deutschen Sozialisten hätten ihren Standpunkt in der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft gegenüber der Regierung während des Krieges geändert, so brauche er sich nur an die deutsche Regierung zu wenden, um zu erfahren, daß dies falsch ist.

Bei der Abstimmung wurde die Entschließung der Kommission mit allen Stimmen gegen die der Schweizer angenommen.

Stadtverordnetenversammlung.

Vorsteher Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Vorlage betr. Gewährung von besonderen

Leuerungszulagen

neben den Kriegszulagen ist in einem Ausschusse vorberaten worden. Dieser hat die Magistratsvor schläge dahin abgeändert, daß die Zulage von 1000 M. allen Beamten und Angestellten...

Stadtv. Gassel (Linke) befürwortet die Annahme dieser Verbesserungen und die Ablehnung der eingegangenen vier weitergehenden Anträge.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) referiert über die dem Ausschuss gleichfalls überwiesene Mitteilung des Magistrats wegen Erhöhung der Vergütungssätze für Hilfskräfte.

Stadtv. Bräuner (Soz.): Die Erhöhungen, die der Ausschuss empfiehlt, erkennen wir als Verbesserungen der Vorlage an, wir beharren aber auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß allen Kategorien eine einheitliche, gleichmäßige Zulage von 750 M. gewährt werden sollte.

Stadtv. Gassel (Unabh. Soz.): Bei der jetzigen Rationierung der Lebensmittel ist ein einheitlicher Beitrag der Leuerungszulage das einzig Zweckmäßige.

Stadtv. Nimmgen (Fr. Fr.) schließt sich Gassel an. In der Frage der Pensionäre müsse der Staat vorangehen.

Stadtv. Jubelil (Unabh. Soz.) unterstützt die Ausführungen Gissels und tritt für die Aufhebung des Loses der Pensionäre ein.

Stadtv. Franz bittet namens des Magistrats, alle über die Ausschussanträge hinausgehenden Amendements abzulehnen.

Stadtv. Dr. West (Unabh. Soz.): Auch einer Angestelltenkategorie dürfe der Magistrat nicht vorschreiben, wie sie sich ihrer Organisation bedienen wollen. Das sei ein Knack des Koalitionsrechts.

Der Antrag Heilmann betr. die Reform des Gemeindevahrscheins wird auch heute abgelehnt, er soll über acht Tage zur Beratung kommen.

Die Vorlage wegen Bewilligung von 50 000 M. zur Durchführung der dem Kriegsausschusse zum Schutze ausichtsloser Kinder gestellten Aufgaben wird nach kurzen Bemerkungen der Stadtv. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) und Bruns (Soz.) angenommen.

Beim Vormundschaftsamt der Stadt Berlin plant der Magistrat die Einrichtung einer städtischen Fürsorgestelle für ledige Schwangere.

Stadtv. Bruns (Soz.) begrüßt die Vorlage als einen sozialen Fortschritt. Wenn für die Eindämmung der Säuglingssterblichkeit in Berlin auch viel geschehen sei, so sei diese doch immer noch sehr hoch.

Stadtv. Leid (Unabh. Soz.): Schon vor 25 Jahren wurde eine durchgreifende Schwangersenfürsorge gefordert.

Nach kurzer weiterer Debatte wird dem Magistratsvorschlag zugestimmt.

Zur Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Brennholz für den Winter 1917/18 ersucht der Magistrat um einen Kredit von 2 Millionen Mark.

Stadtv. Gassel (Unabh. Soz.): Mit 2 Millionen bei einem Preise von 40-50 M. pro Kubikmeter kann nicht viel Holz erworben werden. Bei der Kohlenverteilung fehlt immer noch eine einheitliche Regelung.

Stadtv. Wöhring: Die Verhandlungen darüber schweben zwischen Städtelag und Reichshauptamt nach.

Kohlenverteilung ist im Gange; die erste Kohlenkarte wird bis Januar voll beliefert sein. Der Kredit von 2 Millionen Mark ist nur ein vorläufiger, er wird später erhöht werden müssen.

Stadtv. Gissel: Berlin sollte nach dem Vorgang anderer Städte eine Stelle errichten, um den Vorteil des Kohlensteuernachlasses für die ärmere Bevölkerung nutzbar zu machen.

Die zwei Millionen werden bewilligt. Die „Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“ betreibt in Mgl. bed ein Erholungsheim für Berliner Frauen und Kinder.

Stadtv. Wöhring wünscht nähere Aufklärung über die Vereinigung, die einseitig konfessionell gefärbt scheint, sonst müsse seine Partei die Forderung ablehnen.

Stadtv. Dr. West: Nach unsern privaten Informationen ist letzteres nicht der Fall. Wir sind für die Bewilligung der übrigen längst ausgegebenen 8000 Mark.

Nach weiteren Ausführungen des Stadtschulrats Dr. Fischer und des Stadtv. Dr. Leub II (Linke) zieht Stadtv. Wöhring seinen Einspruch zurück; die Bewilligung erfolgt.

Schluß 8 Uhr.

Groß-Berlin Mehr nicht!

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß gestern über die neben den Kriegszulagen zu gewährenden Leuerungszulagen für Beamte und Festangestellte der Stadt und nahm Kenntnis von den erhöhten Vergütungssätzen für Hilfskräfte.

Die Brotversorgung im neuen Wirtschaftsjahr.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß das Ergebnis der im August vorgenommenen Ernteschätzung die weitere Streckung unseres Brotaustrages notwendig macht, wenn die jetzige Brotration das ganze Wirtschaftsjahr hindurch aufrechterhalten werden soll.

Die Ausmahlung des Getreides von 94 Proz. muß vorläufig beibehalten werden. Wenn die Ernteschätzung, die vom 30. September bis 5. Oktober vorgenommen wird, ein besseres Endergebnis der Getreideernte ergeben sollte, so wird der Mehretrag nicht zu einer Erhöhung der Mehlration, sondern zu einer Verringerung der Ausmahlung benutzt werden.

Unverständige Obst-Preispolitik.

Die starken Kessel- und Birnenerntefehlschläge in Groß-Berlin, die die letzten Tage gebracht haben, haben zur Folge, daß nicht alles Obst abgesetzt werden kann. Die Gemeinden und Magistrate erlassen daher an die Bevölkerung Mahnungen, diese günstige Gelegenheit zu benutzen und so viel Obst wie möglich einzulassen und zu verwerten.

Unseres Erachtens sollte man die Benutzung der „günstigen Gelegenheit“ vor allem dadurch zu fördern suchen, daß man die Obstpreise wesentlich herabsetzt. Es liegt wirklich nicht an dem hohen Willen der Groß-Berliner Bevölkerung, wenn das vorhandene Obst nicht abgesetzt wird.

Wie die maßgebenden Stellen indessen über diese von uns wiederholt vorgeschlagene Preispolitik denken, zeigt eine Mitteilung, die uns soeben von zuständiger Seite zugeht. Danach ist die das „Edelobst“ umfassende Gruppe I für Kessel und Birnen erweitert worden. An Kesselorten sind außer den bereits festgesetzten Sorten für die Mark Brandenburg der Prinzenapfel und der Sommeräpfel, an Birnen die Pastorenbirne aufgenommen worden.









